

Geschichtsdaten und Stationen von Heinz Beinert

Vorbemerkung

Dies ist kein Lebenslauf im Sinne einer tabellarischen Darstellung der acht Jahrzehnte meines bisherigen Daseins. Es ist eher eine knappe Schilderung von Momenten der Wahrnehmung politischer und gesellschaftlicher Ereignisse und der adäquaten eigenen Reaktion darauf, mit Worten oder Taten. Meine Generation wurde schon frühzeitig von der NS-Diktatur politisch missbraucht - und von der Mehrheit der Generationen vor uns, die volksgemeinschaftlich ihrem Führer willig dienten und mehrheitlich dann brave Bürger des Nachkriegsdeutschlands wurden, als wäre davor gar nichts Besonderes gewesen. Dies aufzuarbeiten und Veränderungen anzustreben, dabei wollte ich helfen.

Herkunft, Schule, erste Berufsjahre

Geboren wurde ich am 6. Oktober 1929 in Berlin-Kreuzberg, wenige Wochen vor der großen Weltwirtschaftskrise. Meine Mutter war eine gelernte Stenokontoristin, mein Vater ein Kleinunternehmer, der bereits 1932 Mitglied und Funktionär der NSDAP wurde. Mich „betraf“ das insofern, als ich bereits als Vierjähriger für seine Partei Wahlflugblätter falten musste.

Volksschule 1936 bis 1944, 1939 Eintritt in das Jungvolk, 1944 in die Hitlerjugend, zwischendurch „Strafversetzung“ wegen Störung in den Dienstformationen in eine Singe- und Laienspielgruppe.

1944 Beginn einer Anlernstelle als Tankwart. Eine Verlegenheitslösung, weil mein Berufswunsch, Jockey zu werden, verweigert wird. Die Berufsberaterin erklärt, dass wegen des „totalen Krieges“ die Zuweisung in Sportberufe verboten ist. Tankwart sagt sie, hat Zukunft, denn wenn wir den Krieg gewonnen haben, wird der Führer auch im weiten Osten Autobahnen bauen und dafür brauchen wir dann Tankstellenpächter. Sei also froh, so ungefähr vollzieht sie die Beerdigung meines eigentlichen Berufswunsches.

Auf meiner Tankstelle „Börse-Garagen“ in und an den Viadukten der S-Bahn am Bahnhof Börse (heute Hackescher Markt) spürte ich bald, dass ich hier, außer die Tanks der schweren LKW der Berliner Zentralmarkthalle mit Sprit zu füllen, nichts lernen werde; dafür lerne ich dort erstmals Menschen kennen, die mit politischen Witzen und ironischen Bemerkungen ihre Distanz zum NS-Regime erkennen ließen. Es sind die LKW-Fahrer, die sich in unserem Aufenthaltsraum treffen. Mein Lehrmeister Löskow mahnt mich, „nie mit anderen Leuten darüber zu sprechen, was du hier hörst“; als eines Tages ein Gestapo-Gefangenenwagen, der offensichtlich im nahen Scheunenviertel Verhaftete abgeholt hatte, kam und Kraftstoff in Form einer Treibgasflasche haben wollte, verweigerte Meister Löskow dies mit der Ausrede, wir hätten keine auf Lager. Als ich ihm später sagte, wir hätten doch volle Flaschen, antwortete er mir, aber nicht für die. Sicher keine großen Sachen, für mich aber erstmalig die Begegnung mit regimekritischen Menschen. Ich habe das nie vergessen und für meine spätere politische Entwicklung waren diese Erlebnisse in der Tankstelle nicht unwichtig. Nach diesem kurzen Zwischenspiel begann ich im Oktober 1944 eine Maschinenschlosserlehre in der Lehrwerkstatt der Fabrik Nordbau, wo Panzermotoren hergestellt wurden.

Mit 15 Jahren Soldat

Im April 1945, als in Berlin schon der Kanonendonner zu hören war, erhielt ich, 15 Jahre alt, die Einberufung zum Volkssturm. In Kurzlehrgängen waren wir vorher schon mit dem Umgang mit Panzerfäusten und MG 42 vertraut gemacht worden. Meldestelle war die

Pionierschule Karlshorst, das spätere Hauptquartier der Sowjetischen Besatzungsmacht. Schon wenige Stunden nach Ankunft in dieser Kaserne wollte uns 6 Halbwüchsige der uns empfangene Major mit den Worten „Jungs geht nach Hause, der Krieg ist verloren“ wieder wegschicken. Wir lehnten das einstimmig ab und bekamen Wehrmachtsuniform und Karabiner. Wenig später drangen russische Stoßtrupps in die Kaserne ein. Wir, ich hatte die Funktion eines Melders bei einer kleinen Funkeinheit bekommen, verließen fluchtartig die Kaserne; eine verlustreiche Tour mit Zufallsetappen unter ständigem Geschützfeuer und dem heulen der Stalinorgeln durch die Trümmerstadt; bis am 2. Mai die Kapitulation der Berliner Wehrmachts-Truppen dem Wahnsinn ein Ende machte. Ich hatte glücklich überlebt, aber einige der mit mir eingezogenen Jugendlichen verloren ihr Leben.

Ich entging der Gefangenschaft mit Hilfe eines baumlangen Rotarmisten, der mir mein Gewehr abnahm und mich mit den Worten, halb russisch halb deutsch: „Kleiner Kamerad, geh nach Hause zur Mutter, der Krieg ist kaputt“ mit einem Klaps auf die Schulter sozusagen „entließ“. Bei bestimmten Anlässen habe ich manchmal das Bild dieses Momentes vor mir und denke an seine Großmut. Nach zwei Tagen Fußmarsch erreichte ich unsere Wohnung in Berlin-Wilhelmshagen, in die aber bereits eine von den Nazis Verfolgte eingewiesen worden war. Ich erfuhr, dass meine Eltern mit meinem jüngeren Bruder in Richtung Westen geflüchtet waren, wie viele NS- Funktionäre, die von den Westmächten wohl mehr „Milde“ erwarteten. Ich wurde zu Gemeindearbeit eingeteilt, bekam ein einspänniges Fuhrwerk und musste aus den Nazi-Villen Matratzen für ein Russisches Lazarett abholen.

Von Berlin nach Sachsen-Anhalt

Wenige Wochen später kam meine Mutter bei Nacht und Nebel und überredete mich, mit ihr nach Genthin/Sachsen-Anhalt zu kommen, wo ihre Flucht ein Ende gefunden hatte. Mein Vater hatte zwangsweise schnell die Seiten gewechselt und arbeitete nun als eine Art Kalfaktor im russischen Offizierskasino.

Ich suchte mir Arbeit und wurde Landarbeiter im nahen Rosdorf bei einem Großbauern, der von der Landmenge her gerade noch der Enteignung entgangen war. Ich war für die Pferde zuständig, zugleich deren Stallnachbar, wir hatten eine gemeinsame Nachtbeleuchtung in einer Aussparung der uns trennenden Wand. Meine Einschlafmelodie war ihr obligatorisches Schnauben und Stampfen.

Im Februar 1946 trat ich dort mit 16 Jahren aus „opportunistischen“ Gründen der SPD bei. Deren Vorsitzender quälte uns junge Leute beim Billardspielen in der Dorfkneipe mit moralischen Vorträgen, wir würden mit Bier und Billard an den späten Abenden unsere Gesundheit schädigen, wo wir doch tagsüber so hart arbeiten müssten. Wir beschlossen, in seine Partei einzutreten. Und das klappte, keine Vorträge mehr. Wenige Wochen später war ich dann nach der Vereinigung von SPD und KPD Mitglied der SED. Nach knapp zwei Jahren verabschiedete ich mich von meiner Gutsherrin. Auch hier Erinnerungswertes; das Regime hatte gewechselt, die Herrschaftsverhältnisse noch nicht.

Ich setzte in Genthin meine Maschinenschlosserlehre fort. Hier versuchte ein Funktionär der SED, mich für die politische Arbeit zu gewinnen, aber soweit war ich noch nicht, obwohl ich schon einige Versammlungen besucht hatte und erste Lust verspürte, ein Wörtchen mitzureden. *Ich habe mir später, als ich schon längst im Westen war, oft die Frage gestellt, wie mein politischer Weg in der DDR verlaufen wäre, in der SED oder als ihr Gegner?* Vielleicht ist die Antwort darauf in den folgenden Texten zu finden.

Nach Westen in den Bergbau

Eines Tages, Mitte 1948 bekam ich Post aus dem Westen, von einem Freund aus der Schulzeit in Berlin, den die Kriegswirren in den Landkreis Aachen verschlagen hatten, wo er

im Steinkohlenbergbau arbeitete. Komm doch her, schrieb er. Was ich auch tat und sechs Jahre bis 1954 auf der Zeche „Adolf“ (ausgerechnet) im Untertagebetrieb arbeitete. Als Mitglied der IG Bergbau war ich knapp zwei Jahre Vorsitzender einer Ortsgruppe. Mein erster Versuch, mich im Interesse unserer Schichtbesatzung gegen eine Gedingeerhöhung einzusetzen, brachte mir die Androhung der Zechenleitung ein, mich zu entlassen.

Erste Schritte in Politik und gesellschaftliches Engagement

Das war ein weiterer Anstoß politisch noch aktiver zu werden. Ich war bereits nach meiner Übersiedelung in den Westen wieder in die SPD eingetreten, hatte mit Freunden einen Ortsverband der Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken gegründet und wurde nebenberuflich journalistisch tätig, bescheiden zuerst für kommunale Berichterstattung. Dies waren meine ersten Schritte auf dem Weg, mich gesellschaftlich zu betätigen, Bewusstsein für die Notwendigkeit zu entwickeln, sich einzumischen, „nicht Amboss sondern Hammer zu sein“.

Inzwischen war ich bereits auch für die Falken überregional tätig und als 1954 ein hauptamtlicher Bezirkssekretär für den Bezirk Mittelrhein gesucht wurde, fiel die Wahl auf mich. Also sagte ich, wenn auch etwas wehmütig, meinen Kumpels und meinem Falkenortsverband Adieu und zog nach Köln, freute mich auf mein neues Aufgabengebiet für die Gruppen und Ortsverbände in den Regierungsbezirken Aachen und Köln tätig zu sein.

Als lernender Linker in der Adenauer-Ära

Die Kölner SPD einschließlich der Jusos und der Falken waren linksorientiert. Daneben gab es einen „Marxistischen Arbeitskreis“, zu dem ich bald eingeladen wurde. Dies war ein starkes politisches Umfeld, das sich ganz wesentlich von dem eher biederen Milieu meiner Bergarbeitergemeinde unterschied. Vorsitzender der Kölner SPD war der IG Metall-Sekretär Hans-Jürgen Wischnewski, mit dem ich bald freundschaftlich verbunden war.

Als Adenauer die militärische Wiederaufrüstung der Bundesrepublik durchsetzte, gehörten wir zu den aktiven Gegnern der Remilitarisierung. Wir gründeten eine regionale Gruppe des „Verbandes der Kriegsdienstverweigerer“ mit der „ERKLÄRUNG DER WAR RESISTERS´ INTERNATIONAL; in der es heißt: „Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg, weder direkt noch indirekt zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten“. Dieser Devise bin ich bis heute treu geblieben.

Um politisch stärker auftreten zu können, setzte ich mich dafür ein, ein „Arbeiterjugendkartell“ zu gründen, in dem dann die Jusos, die Falken, die Naturfreunde und Teile der Gewerkschaftsjugend vertreten waren. Zum Programm gehörten auch Kulturveranstaltungen, u.a. politische Diskussionsveranstaltungen mit zur Thematik passenden Spielfilmen. 1959 war ich dienstlich in Berlin, besuchte an einem Abend das „Berliner Ensemble“, sah Brechts Stück „Die Mutter“ (nach dem Roman von Maxim Gorki). Am nächsten Tag vormittags ging ich zur Intendanz. Ich wollte das Ensemble mit dem Stück „Die Mutter“ nach Köln einladen mit der Begründung, dass in der Bundesrepublik Brecht ja sozusagen auf dem Index stand, seine Stücke nicht gespielt würden. Die Realisierung scheiterte nur daran, dass für das Stück eine Drehbühne gebraucht wurde – und natürlich hätten uns die der demokratisch verwalteten Städtischen Kölner Bühnen nicht zur Verfügung gestanden. Das praktische Brecht-Verbot war für mich ein weiterer Beweis für die offizielle restaurative Politik jener Zeit. Ich wollte mit dem Vorhaben bewusst einen Skandal provozieren, um damit eine öffentliche Diskussion über dieses Demokratiedefizit auszulösen.

Ich gehörte zu den Akteuren der Ostermarschbewegung in NRW, die nach dem Muster der Anti-Atomdemonstrationen in England, 1961 erstmalig auch in Deutschland stattfanden. Sie

sind bis heute das Kernstück der Protestbewegung gegen die Atomare Aufrüstung und damit ein wichtiger Teil der Friedensbewegung.

Ein Bekenntnis zur Internationalen Solidarität

Als die Algerische Freiheitsbewegung FLN 1954 ihren Unabhängigkeitskampf gegen die Kolonialmacht Frankreich begann, beschäftigten wir uns nicht nur theoretisch mit dem historischen Prozess, sondern wurden aktive Unterstützer in vielfacher Weise. Der erste Anstoß dazu in Köln war ein Sergeant algerischer Abstammung, der aus seiner Kaserne der Französischen Armee im Rheinland desertiert war. Er wollte nun, sagte er uns, als Algerier für sein Land kämpfen. Wir halfen ihm, was nicht einfach war, die Grenze nach Belgien zu überwinden. Ich erwartete ihn jenseits der Grenze und dort übernahmen ihn politische Freunde der belgischen Jungsozialisten. Viel über weitere Aktionen der materiellen, publizistischen, organisatorischen und politischen Unterstützung hat Claus Leggewie in seinem Buch „Kofferträger – das Algerien-Projekt der Linken im Adenauer-Deutschland“ (Rotbuch-Verlag 1984) ausführlich dargestellt. Weitere Schilderungen hier würden in der notwendigen Verkürzung den politischen Anspruch, aus dem heraus wir die Algerier unterstützten, nicht genügend erkennen lassen. Jedenfalls darf internationale Solidarität nicht nur ein Schlagwort bei Demonstrationen sein. Am 18. Dezember 2004 übergab der Algerische Generalkonsul in seiner Residenz in Mehlem/Bonn in Gegenwart des Botschafters an Hans-Jürgen Wischniewski, Gert von Paczenski, Jakob Moneta, (posthum) Georg Jungclas und mir die vom Staatspräsidenten der Demokratischen Volksrepublik Algerien verliehenen Orden für die Unterstützung des Unabhängigkeitskampfes gegen Frankreich, der 1954, also 50 Jahre zuvor, begonnen hatte und 1962 mit der Unabhängigkeitserklärung endete.

Die SPD, die Falken und die Bundeswehr 1957

Erwähnenswert eine andere kleine Aktion, die der Bundes-SPD nicht gefiel und auch nicht der noch jungen Bundeswehr. Erst durch den Versuch, diese Veranstaltung zu verhindern, bekam sie eine stärkere öffentliche Beachtung. Es begann damit, dass ich 1957 an einem Abend im Lokal des Kölner Gewerkschaftshauses mit einigen Altgenossen über den Aufstand eines Teils der Kaiserlichen Kriegsflotte im Jahre 1917 diskutierte. Damals hatten die Mannschaften einiger Kriegsschiffe aufgebracht gegen schlechte Verpflegung und Behandlung, was als Meuterei ausgelegt wurde. Zwei Matrosen, Reichpietsch und Köbis (nach ihnen sind in Berlin Straßen benannt) wurden in der Wahner Heide (jetzt militärischer Teil des Köln/Bonner Flughafens) standrechtlich erschossen. Wir wollten nun die beiden Matrosen am 40. Jahrestag ihrer Ermordung ehren. Der Steinmetz, der damals als KP-Mitglied den Gedenkstein gemeißelt hatte, war bei unserem Gespräch dabei. Wir stellten fest, dass es den Gedenkstein noch gab, das Gelände dort aber der Bundeswehr gehörte. Also schrieb ich dem Standortkommandanten; Major Röthke, einen Brief. Der schaltete sofort das Verteidigungsministerium ein, wo dann der Oberst Freiherr von Loringhofen sich an den SPD-Parteivorstand wandte mit der Bitte um Stellungnahme. Dort wurden Herbert Wehner, Fritz Erler und der zweite Parteivorsitzende, Waldemar von Knoeringen mit der Angelegenheit befasst. Knoeringen rief mich an und bat, die Sache abzublasen, es ginge doch nicht an, dass zu einem Zeitpunkt, wo die SPD versuche, gute Kontakte zur Bundeswehr herzustellen, die Falken in der Kaserne auf Panzern rote Fahnen hissen. Ich versprach, dass keine Fahnen gehisst werden, die Aktion aber nicht abgesagt werde. Einen Tag vor der Feierstunde rief mich der SPD-Bürgermeister der Stadt Porz, zu der die Kaserne gehört, an und bat verzweifelt, die Aktion abzusagen, der Standortkommandant habe ihm am Telefon gesagt, dass er scharfe Munition ausgeben lasse. Wir waren dort dann mit ca. 200 Leuten, es wurden keine roten Fahnen gehisst und geschossen wurde auch nicht. Dennoch ist diese Episode ein kleines Beispiel für die damaligen politischen Verhältnisse (mehr zu der Aktion im rororoaktuell -Taschenbuch August 1964, Autor Heinz D. Stuckmann, „Es ist so schön Soldat zu sein oder Staatsbürger in Uniform“)

Zwischenbemerkung im Gesamttext

Hier, sozusagen im Zentrum der Schilderung meiner „Stationen“ möchte ich einige Aspekte meiner Mitwirkung in der Jugendarbeit darstellen. Eigentlich war sie, hauptberuflich wahrgenommen, der Ausgangspunkt für mein politisches Engagement und sie gab mir immer wieder Ansporn für meine sonstigen Tätigkeiten, vor allem für meine Teilnahme an politischen und gesellschaftlichen Debatten und Auseinandersetzungen.

Die folgenden Schilderungen sind keine direkte Rangfolge im Gesamttext der „Stationen“, sie sollen nur die Vielseitigkeit dieser Aufgabe für und mit der Arbeit für Kinder und Jugendliche aufzeigen. Die längste Zeit war ich dafür in der Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken tätig, zuerst nur ehrenamtlich, später hauptamtlich und zeitweilig daneben auch ehrenamtlich. Ein wichtiger Bereich war Bildung und Schulung. Die Falken haben eine altersbedingte Dreigliederung in Falken, Rote Falken und SJ, was eine sehr breite und unterschiedliche inhaltliche und organisatorische Gestaltung erfordert. Es gab gerade in den 1960er Jahren auch Divergenzen zwischen den für die Kinderarbeit verantwortlichen Helfern/Gruppenleitern und den Funktionären der älteren Jahrgänge, die sich schon in die politischen Auseinandersetzungen jener Jahre einmischten. Die pädagogischen Mitarbeiter/Innen, die ja auch viele Elternkontakte hatten, beklagten oft, dass ihre Aufgabenstellung durch politische Aktionen beschädigt werden könnte. Die Arbeit im und für den Jugendverband war für mich als hauptamtlicher Funktionär nicht immer einfach, verlangte oft Kompromissbereitschaft, ohne opportunistisch zu werden. Hinzu kam, dass ich viele Wochen im Jahr im Sommer für die Vorbereitung, Aufbau, Durchführung und Abbau unserer Großzeltlager nicht in Berlin war, sondern in Norwegen Schweden, Finnland, Dänemark, Österreich oder Bayern. Über die Dimensionen dieser Zeltlager mit jeweils zwischen 1000 und 2000 Teilnehmern, ihre Abläufe, pädagogischen und organisatorischen Konzeptionen und die Pressereaktionen gibt es bisher nur wenig spezifische Literatur (einiges darüber kann man nachlesen in einer 1987 herausgegebenen dreibändigen Publikation des Franz-Neumann-Archivs im ELEFANTEN PRESS Verlag erschienen).

Hier nun weiter in der Chronologie

Die Kölner Jahre waren meine eigentlichen politischen Lehrjahre. Das war im Grunde eine permanente Wechselwirkung zwischen politischer Praxis im Jugendverband, Partei und organisationsübergreifenden Tätigkeiten einerseits und der theoretischen Beschäftigung mit der neueren deutschen Zeitgeschichte, eingebettet in die europäische Entwicklung andererseits. Dabei spielten Geschichte, Theorie und Praxis der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, ihre Verdienste, aber auch ihr verhängnisvolles Versagen, vor allem im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts, eine wichtige Rolle. Dies beeinflusste auch meine journalistische Tätigkeit. Viel verdanke ich dabei der offenen linken politischen Szene in der Domstadt, mit Diskussionen und politischem Meinungsstreit mit überregionaler Beteiligung, wie u.a. von Wolfgang Abendroth, Peter von Oertzen, Ernest Mandel, Wolfgang Leonhard, Herman Weber, Peter Blachstein und Jakob Moneta. Einige von ihnen gehörten der Redaktion „Sozialistische Politik“ an, eine Zeitung, die bundesrepublikweit auch viele Gewerkschaftsfunktionäre abonniert hatten. Herausgeber war Georg („Schorsch“) Jungclas, Sekretär der deutschen Sektion der IV. Internationale.

Heimkehr 1965 nach Berlin

Nach 20 Jahren kehrte ich 1965 in meine Geburtsstadt Berlin zurück, die ich 1945 aus familiären Gründen verlassen hatte. Das Abschiedsgeschenk der Kölner SPD war mein vom Büro Wehner im Parteivorstand betriebener Ausschluss aus der SPD. Das passierte damals Vielen, die den von ihm diktierten Politikwechsel nicht mitmachen wollten. Konkret in meinem Fall ging es um eine öffentliche Podiumsdiskussion am 23. Mai 1963 zum Thema „100 Jahre SPD – Ist der Sozialismus noch aktuell“; die ich moderierte. An diesem Tag vor 100 Jahren

hatte bekanntlich 1863 Ferdinand Lasalle den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein gegründet, den die SPD zu Recht als ihre Geburtsstunde in Anspruch nimmt. Der Ausschlussgrund: Ich hätte zugelassen, dass die SPD öffentlich kritisiert wurde. Eine obskure Begründung, als ob in einer öffentlichen Veranstaltung nicht kritisch diskutiert werden darf, zumal das Podium pluralistisch besetzt war, einschließlich des Chefredakteurs des Parlamentarischen Pressedienstes der SPD-Fraktion im Bundestag, Günther Markscheffel.

Für den Zeitgeist jener Jahre war auch die Gründung einer der Regierungspartei nahestehenden Vereinigung „Rettet die Freiheit“ in Nordrhein-Westfalen typisch, die in einem Rotbuch die Namen von über 2000 Personen (Journalisten, Wissenschaftler, Künstler, Funktionäre aus Gewerkschaften und politischen Organisationen, etc.) veröffentlichte, die wohl als gefährlich für die Bundesrepublik notiert wurden. Diese Atmosphäre des Misstrauens, der Unterstellungen, der permanenten Versuche, demokratische Opposition ins politische Abseits zu stellen, passte in den Rahmen der vom Bundeskanzler an der Verfassung vorbei diktierten Staatsräson der Ausgrenzung jeglicher Opposition von links.

Am 1. April 1965 begann ich meine Tätigkeit als Landessekretär für politische Bildung bei den Berliner Falken. Ich hatte zwei Jahre zuvor in Köln meine Tätigkeit als Bezirkssekretär aufgegeben und ein Angebot einer Werbefirma angenommen, wo ich dann zusammen mit Lothar Gleitze für ein Jahr kreuz und quer durch die Bundesrepublik Werbeflächen akquirierte. Anschließend suchte ich eine etwas sesshaftere Tätigkeit in Köln. Die fand ich als Assistent eines Abteilungsleiters bei einem renommierten Verlag. Obwohl ich hier eine zukunftsfähige Stellung hatte, konnte ich der Versuchung nicht widerstehen, als mich der Landesvorsitzende der Berliner Falken, Alfred Gleitze, Anfang 1965 anrief und mir mitteilte, dass der Landesvorstand beschlossen hatte, mich zu bitten, als Landessekretär der Berliner Falken tätig zu werden. Da ich auch von anderer Seite der Berliner Falken gebeten wurde, nach Berlin zu kommen, sagte ich zu.

Die politische Bildungsarbeit im Sinne von theoretischer Wissensvermittlung bekam in den 1960er Jahren auch bei den Falken durch die beginnenden Aktionen der Studenten für die Liberalisierung der Universitäten und der sich entwickelnden APO eine besondere Note. Das Verhältnis von Theorie und Praxis wurde direkter. Dabei brachten wir als Verband in „die neue Gemengelage“ sehr selbstbewusst unsere Erfahrungen von Aktionen, aber auch unsere politischen Überzeugungen mit ein. Schließlich waren wir ja sozusagen „Vorachtundsechziger“, was politische Aktionen betraf: Erinnerungsveranstaltungen an den Kampf der Internationalen Brigaden gegen das Franco-Regime in Spanien, gegen Apartheid in Südafrika, Aktionen gegen Wiederaufrüstung, öffentliches Eintreten für Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, Sitzstreik auf den Straßenbahnschienen gegen geplante Atomaufrüstung, um nur einige zu nennen.

Gedenkstättenfahrten – Geschichtsaufarbeitung und Mahnung

Ein wichtiger Teil der politischen Bildungsarbeit waren (und sind es noch) die Gedenkstättenfahrten der Falken, die ich schon in Köln mitorganisierte, zu NS-Vernichtungsstätten und -lagern, u.a. nach Auschwitz, Bergen-Belsen, Lidice, Maidanek, Theresienstadt, Struthof. Die Berliner Falken haben dabei eine Pionierrolle gespielt. Tausende Jugendliche haben an diesen Fahrten teilgenommen, die von uns u.a. auch als Bildungsarbeit für Friedenspolitik gemeint waren.

Durch Bekenntnisse und Taten zu zeigen, dass die Deutschen Lehren aus ihrer Vergangenheit gezogen haben, war für uns besonders wichtig. Es galt gegen jene aufzutreten, die zu verdrängen und zu vergessen suchten und schnell mit Rechtfertigungsklischees zur Hand waren, die meinten, es müsse mal Schluss sein mit den Vorwürfen, die gegen die Deutschen gemacht werden. Schon 1959, in der Hochzeit des Kalten Krieges begannen wir mit den Fahrten, um den jungen Menschen das grauenvolle

Geschehen vor Augen zu führen, und entsprechend waren die Reaktionen vieler Medien und Politiker, zumal wir mit den Fahrten natürlich auch politische Anmerkungen zu den gegenwärtigen politischen Verhältnissen im Nachkriegsdeutschland verbanden, z.B. über die Weigerung der Parteien, die Oder-Neiße-Grenze anzuerkennen. In deren Verständnis waren wir Nestbeschmutzer und eigentlich keine „richtigen Deutschen“: Ich habe u.a. Fahrten nach Lidice und Maidanek geleitet und kann ein Lied davon singen über öffentliche Reaktionen in diese Richtung nach unserer jeweiligen Rückkehr in Berlin.

Die Außerparlamentarische Opposition in Berlin - APO

Seit dem 2. Juni 1967, an den anlässlich des Schahbesuchs in Berlin und der Ermordung des Studenten Benno Ohnesorg sowie mit diesen Ereignissen verbundenen Demonstrationen, bekam die Außerparlamentarische Opposition mehr Bedeutung und Öffentlichkeit. Wir stellten noch in der Nacht zum 3. Juni ein Holzkreuz mit Zementsockel für Benno Ohnesorg her. Als wir es am frühen Morgen vor der Deutschen Oper aufstellen wollten, wurden wir, mit dabei waren nach meiner Erinnerung noch Alfred Gleitze, Pit Glaser und Manfred Rexin, von dem Polizeipräsidenten Duensing, der am Vorabend den heimtückischen Angriff auf die Demonstranten befohlen hatte, mit der Drohung empfangen: wenn ihr hier heute Aktionen durchführen wollt, werdet ihr euer blaues Wunder erleben. Weil wir seine diesbezügliche Praxis erlebt hatten, stellten wir daraufhin das Kreuz, verbunden mit einer kleinen Gedenkstunde, im Studentendorf „Sigmundshof“ auf.

Die Falken waren als Verband formal nicht Bestandteil der APO, aber durch einzelne Gruppen, Mitglieder und Führungspersonen aktiv beteiligt. Zum Beispiel gehörten Peter Bischof und ich dem später nach dem Attentat auf Rudi Dutschke gebildeten Berliner Zentralausschuss der APO an. Wie schon in den vorigen Absätzen geschildert, hatten wir einen anderen Inhalts- und Aktionshintergrund als andere Teile der außerparlamentarischen Bewegung. Hinzu kam noch, dass die Antiautoritäre Bewegung innerhalb der APO eine gewisse Anziehungskraft auf die Mitglieder der „klassischen Jugendverbände“ ausübte. Da war plötzlich etwas Neues, Unstrukturiertes, was den Satzungs- und Ordnungsrahmen der Jugendorganisationen gegenüber stand. Daraus ergab sich für uns keine politische, eher eine themenbegründete Distanz. Zu dieser Problematik habe ich in einer vom „Sozialpädagogischen Institut Berlin“ 1985 herausgegebenen Festschrift für Ilse Reichel „Partei ergreifen – Beiträge zur Entwicklung einer Neuen Fachlichkeit in der Jugend- und Familienhilfe“ etwas ausführlicher Stellung bezogen.

Bei der Vorbereitung einer ersten gemeinsamen Vietnamdemonstration kam das schon in einer freundlichen Aussprache über die Demonstrationsroute zum Ausdruck. Ich vertrat unseren Standpunkt Kreuzberg und Neukölln, Dutschke für den SDS den Kurfürstendamm. Wir wollten zu der arbeitenden Bevölkerung, Dutschke meinte, man müsse das Territorium der „herrschenden Klasse“ besetzen, oder so ähnlich. Beide Standpunkte waren im Grunde ideologisch falsch begründet, denn die Haltung der Berliner war damals ablehnend, bei welchen Routen auch immer, bei den Ku-dammern etwas feiner, bei den Kreuzbergern deftiger, keine Klassenfrage, eher Frontstadtklima.

Anfang 1968 bat mich Dutschke, ihm bei der Auswahl von Falkenveranstaltungen in Westdeutschland zu helfen, was und wo wichtig ist, usw. Wir folgten einer Einladung nach Wanne-Eickel, wo an einem Sonntag im Februar `68 in einer Bildungseinrichtung die Falken ein Streitgespräch Dutschke mit Johannes Rau, der damals Wissenschaftsminister in der Landesregierung NRW war, organisiert hatten. Wir wurden in Düsseldorf von einem ehemaligen SDS-Vorsitzenden abgeholt, der unterwegs meinte, Dutschke würde mit seinen Demonstrationsklamotten beim Bergarbeiterpublikum Minuspunkte haben, wir sollten doch unsere Kleidung wechseln, wir hätten doch die gleiche Statur. Rudi war dazu bereit, ich auch. Er saß dann mit meinem schönen blauen Anzug neben dem Minister und ich mit seinen Klamotten in der ersten Reihe, wo mich dann meine NRW-Falken-Kollegen aus

zurückliegenden Zeiten irgendwie komisch betrachteten. Meinen Anzug bekam ich erst in der Toilette des Flughafens Tempelhof wieder.

Der zweite Termin war dann wenig später in Köln, wo ich vor ungefähr 3000 jungen Leuten in den Sartory Festsälen ein Podiumsgespräch „über die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse und Perspektiven für die Befreiung von autoritären Strukturen“ moderierte, an dem u.a. neben Dutschke noch Jürgen Wohlrabe von der CDU, ein SPD-Fraktionsmitglied des Berliner Abgeordnetenhauses und Kölner Falkenfunktionäre teilnahmen.

Vom 17. bis 21. Februar 1968 fand im Audimax der TU ein vor allem vom SDS initiiertes Internationaler Vietnamkongress statt unter dem Motto „Für den Sieg der Vietnamesischen Revolution“. Am 18. Februar 1968 fand eine Demonstration mit 10.000 Teilnehmern zur Deutschen Oper zur Erinnerung an die dortigen Ereignisse anlässlich des Schah-Besuchs 1967 statt. U.a. sprachen dort Rudi Dutschke und Gaston Salvatore. Gegen den Willen der Berliner SPD-Führung nahmen auch viele Sozialdemokraten teil, einige, unter ihnen Harry Ristock und Erwin Beck, mit Schildern „Ich bin Sozialdemokrat und bin gegen den Krieg in Vietnam“. (Einige von uns bekamen Ausschlussverfahren, die aber vom SPD-Bundesparteitag wieder kassiert wurden.) Die Demonstration war friedlich, anders als eine Gegenveranstaltung am 21. Februar 1968 vor dem Schöneberger Rathaus, eingeladen von den Parteien und vom Senat. Die Mitarbeiter des Öffentlichen Dienstes waren für die Teilnahme vom Dienst befreit. Andere Teilnehmer, die als Studenten ausgemacht wurden, bezogen von den „Regierungstreuen“ Prügel, wurden verfolgt und unflätig beschimpft; unabhängige Beobachter von der „Internationalen Liga für Menschenrechte“ sprachen offen von Pogromstimmung. Übrigens sind alle Vietnamkrieg-Gegner jetzt von allerhöchster Instanz rehabilitiert worden, denn jüngst erklärten die damaligen Verantwortlichen für den Krieg, McNamara und Kissinger, der Vietnamkrieg wäre ein „Fehler“ gewesen.

In jenen Tagen traf ich mich durch Vermittlung von Gaston Salvatore mit dem Schriftsteller Peter Weiss zu einem privaten Gespräch in der „Akademie der Künste“. Er arbeitete an einem Stück über Leo Trotzki und hatte erfahren, dass ich dazu politische Fakten und Daten beisteuern könnte. Wir unterhielten uns längere Zeit und ich empfahl ihm, mit einem Bekannten von mir in Frankfurt/M. Kontakt aufzunehmen, der über eine umfangreiche Trotzki-Bibliothek verfügte und zu meinem Politlehrer Schorsch in Köln. Das Stück von Peter Weiss „Trotzki im Exil“ erschien in deutscher Fassung 1970.

In dem im Kalten Krieg gespaltenen Berlin wurde der 1. Mai, der traditionelle Kampftag der Werktätigen, in beiden Teilen der Stadt aber nicht der Tradition entsprechend begangen. Im Osten waren die Demonstrationen von der Staatspartei SED gesteuert. Die Teilnahme wurde befohlen, die Parolen von der Partei und den von ihr abhängigen Gewerkschaften bestimmt. In Berlin-West vollzog sich die Abweichung von der Tradition in freier Selbstbestimmung durch die Gewerkschaften, die zusammen mit den Parteien und dem Senat Freiheitskundgebungen abhielten.

Nicht gegen Freiheitskundgebungen, aber gegen die Verfälschung der Idee des 1. Mai zu einem „Volksgemeinschaftstag“ hatten die Berliner Falken schon seit den 1950er Jahren Stellung bezogen. Im Zuge der Entwicklung der APO beschlossen im Februar 1968 die Falken und der SDS die Bildung eines „Sozialistischen Maikomitees“ für die Durchführung einer Demonstration und Kundgebung am 1. Mai. Ich übernahm die Beantragung der Demonstration für 10.000 Teilnehmer auf einer Route von Neukölln nach Kreuzberg, und bat gleichzeitig um ein Gespräch mit dem amtierenden Polizeipräsidenten. In dem Gespräch erklärte ich für die Veranstalter verbindlich, dass von dieser Demonstration keinerlei Gewalt ausgehen wird und wir als Gegenleistung fordern, dass der Zug nicht von der Polizei eskortiert wird. Wir erhielten die Zusage. Statt der von uns geschätzten 10.000 Teilnehmer kamen 40.000. Es war die größte Maidemonstration seit den 1950er Jahren. Zur selben Zeit fand auf dem Platz der Republik die Freiheitskundgebung bekannten Stils statt mit 20.000 Teilnehmern. Es war die Letzte.

Natürlich war die starke Teilnahme an der Maidemonstration auch eine Auswirkung des Attentats auf Rudi Dutschke am Gründonnerstag. Diese verbrecherische Tat und die Reaktionen der APO darauf führten zu einer Mobilisierung. Viele, die schon mit der Außerparlamentarischen Opposition sympathisiert hatten, wurden jetzt aktiv und solidarisch. Wie schon weiter vorne dargestellt, wurde ein „Zentralausschuss der Berliner APO“ gegründet für eine Konzentration der Kräfte. Aus meiner Sicht, Peter Bischoff und ich gehörten dem Ausschuss an, waren die Perspektiven für die Entwicklung einer wirklichen Bewegung nicht sehr aussichtsreich. Der Ist-Zustand der Gemengelage, die von der Clownerie der Kommunen 1 und 2 über brave Revolutionsschwärmer, ehrliche Reformisten und Marxisten bis hin zu Gewaltbemühten reichte, war in einem sehr starken Maße voluntaristisch, d.h. dass der Wille das Prinzip des Handelns bestimmte, ohne programmatische Perspektive. Dennoch hat die APO als Signal für die Notwendigkeit der Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse Zeichen gesetzt.

1963 fand die erste Gedenkstättenfahrt in die CSSR statt, nach Theresienstadt und Lidice, diese Fahrten wurden bis Ende der 1960er Jahre fortgesetzt. Partner dafür in Prag war CKM, die Reiseorganisation des Staatsjugendverbandes. Im Laufe der Zeit waren viele persönliche Freundschaften entstanden. Und ein Novum für diese Zeit war, dass an den Großzeltlagern der Berliner Falken jeweils ca. 20 junge Erwachsene aus der Prager Organisation teilnahmen. Das war auch 1968 so. In der CSSR regierte der Reformkommunist Alexander Dubcek, der Prager Frühling verhieß die Hoffnung einer möglichen Zeitenwende. Unsere CSSR-Freunde in unserem Zeltlager im Juli in Füssen/Allgäu fürchteten, die Russen würden einmarschieren, wir glaubten nicht daran. Am 21. August rief mich morgens um 7 Uhr Peter Bischoff an, der in den Nachrichten vom Einmarsch der Warschauer Pakt Staaten erfahren hatte. Wir nahmen sofort zum SDS und weiteren Organisationen Kontakte auf für die Durchführung einer Solidaritäts-Demo für den Dubcek-Kurs. Am frühen Nachmittag hatten sich am Lehniner Platz/Kudamm ca. 5.000 Leute versammelt. Der Marsch ging zur CSSR-Militärmission in der Podbielskiallee. Dort übergaben Prof. Krippendorf, Prof. Meschkat, beide FU, und ich dem Vizechef der Militärmission eine mit den Demonstranten abgestimmte Solidaritätsresolution mit dem Volk der CSSR. Mit Alfred Gleitze fuhr ich am übernächsten Tag mit dem Auto nach Prag, um unseren dortigen Freunden die freundschaftlichen Grüße der Berliner Falken und der Teilnehmer der Demonstration auszurichten, unsere Solidarität überhaupt.

Barbara Tennstedt, Peter Bischoff und ich besuchten 1968 Wolf Biermann in der Chauseestraße 131, ein Abend mit politischen Gesprächen und seinen Liedern. Wenig später besuchten Peter Bischoff und ich Ernst Busch in Pankow. Wir wollten ihn zu einer Veranstaltung mit seinen Liedern einladen. Es war ein gutes Gespräch, aber er wollte nicht kommen, er hätte noch viel nachzuholen, „Weil meine Leute mir viel Schwierigkeiten gemacht haben“. Wir wussten schon, was und wen er meinte.

Dem belgischen Marxisten Ernest Mandel wurde im März 1972 von Innenminister Genscher die Einreise in die Bundesrepublik auf unbefristete Zeit verweigert. Dieser undemokratische Akt war die Reaktion auf die Berufung von Mandel als Professor an die Freie Universität durch deren Präsidenten Rolf Kreibich. Wir gründeten damals ein Komitee zur Aufhebung des Einreiseverbots, dem über zweihundert Politiker, Bundestagsabgeordnete, Schriftsteller, Gewerkschaftsführer, Journalisten, Vorsitzende von Jugendorganisationen, Professoren und weiteren Akademischen Mitarbeitern der Hochschulen beitraten. Ich fuhr nach Belgien, besuchte Mandel, mit dem ich seit vielen Jahren politisch befreundet war und führte ein langes Gespräch, das als Interview im „Blickpunkt“ erschien. Ich habe diese Episode u.a. hier aufgenommen, weil die Befürworter dieses Einreiseverbots in großer Zahl identisch sind mit denen, die gegen die Ausbürgerung von Biermann durch die DDR-Regierung ihre Stimme erhoben. Natürlich war der breite Protest dagegen richtig und notwendig. Nur bei denen, die zweierlei Maß anlegten, stelle ich die Aufrichtigkeit infrage.

1969, zum 50. Jahrestag der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht im Januar 1919 forderten die Berliner Falken die Errichtung eines Ehrenmals für die beiden

Sozialisten und beschlossen die Herausgabe einer Dokumentation für diese Aktion. Im März 1968 wurden 400 Wissenschaftler, Künstler, Schriftsteller, Organisationen, Politiker und Mandatsträger in einem Anschreiben um eine Stellungnahme zu der Denkmalfrage gebeten. 155 Empfänger haben geantwortet, 41 Organisationen, Parteien, Gewerkschaften oder deren Untergliederungen. In einer 80seitigen Dokumentation, mit einem längeren Einleitungsartikel von Peter Bischoff, weiteren Beiträgen zum Thema sowie einem langen Gespräch, das ich mit zwei Berliner Sozialdemokraten geführt hatte, die 1919 Spartakuskämpfer waren, habe ich die Kernsätze der eingegangenen Antworten zusammengestellt, die sich mehrheitlich positiv äußerten mit unterschiedlichen Begründungen. Am 15. Januar 1969 legten wir im Rahmen einer Feierstunde einen Grundstein an der Stelle, von der die Morde ausgingen. Der zuständige SPD-Stadtrat des Bezirksamtes Tiergarten ließ den Zementwürfel noch in der Nacht abräumen. Die Thematik blieb virulent und Jahre später wurden zwei imposante Gedenkmale durch die Initiative von Harry Ristock aufgestellt.

Anfang 1972 beendete ich meine hauptamtliche Tätigkeit bei der Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken, wo ich zuletzt 1. Vorsitzender des Landesverbandes Berlin war. Ach so, als ich dazu gewählt worden war, bekam ich den Anruf eines leitenden Mitarbeiters des Axel-Springer-Inlanddienstes, der meinte, wir hätten uns doch lange genug bekriegt, wir könnten doch mal im 17. Stockwerk des Springerhochhauses einen Whisky trinken. Ich bat um Bedenkzeit, lehnte dann aber ab, ich glaube mit dem Argument, ich würde an Höhenangst leiden.

Wechsel zum Landesjugendring Berlin

Am 1. April 1972 begann meine hauptamtliche Tätigkeit als Bildungs- und Pressereferent beim Landesjugendring Berlin. Ein Schwerpunkt dort in den 1970er Jahren war die Bildungsarbeit. Auf Initiative der damaligen Senatorin für Familie, Jugend und Sport, Ilse Reichel, hatte das Abgeordnetenhaus 1970 ein Bildungsurlaubsgesetz für Jugendliche und junge Erwachsene verabschiedet. Die Senatsjugendverwaltung folgerte daraus, dass nun auch entsprechende Kapazitäten für Stätten der Bildungsarbeit benötigt wurden. Als wenig später die Bundesregierung ein Konjunkturprogramm für die Länder auflegte, standen in Berlin finanzielle Mittel für die Umrüstung von 5 Einrichtungen der Jugendverbände in Bildungsstätten zur Verfügung. Die Auswahl und Koordinierung wurde dem Landesjugendring übertragen, wo mir die Zuständigkeit zufiel. Es war eine zeitaufwendige, aber auch befriedigende Aufgabe.

Auch der Mitgliedsverband Falken im Landesjugendring konnte eine Verbandseinrichtung umrüsten. Ich wurde Vorsitzender des Trägervereins Kurt-Löwenstein e.V. 1985 gab ich den Vorsitz an Wolfgang Hecht ab.

Für die Zeitschrift „BLICKPUNKT“ des Landesjugendringes schrieb ich bereits seit 1966 Beiträge, wurde bald Redaktionsmitglied und später, als Erich Richter, der verdiente langjährige, (aber nicht so genannte) Chefredakteur auf eigenen Wunsch ausschied, wurde mir diese Aufgabe übertragen. Als ich aus dem Landesjugendring ausschied, übernahm Klaus-Peter Wolf diesen Job, der davor Redakteur der Jugendsendung „Treffpunkt“ des Senders RIAS war.

Einige Jahre bis 1979 vertrat ich alle Landesjugendringe der Bundesrepublik im Hauptausschuss des Deutschen Bundesjugendringes. In dieser Funktion war ich u.a. Mitglied einer Koordinierungsgruppe für die Vorbereitungen der 10. Weltjugendfestspiele 1973 in Berlin-Ost und der 11. Weltjugendfestspiele 1978 in Havanna/Kuba. Dieses Gremium war notwendig, weil an den Spielen nur Staaten, keine Gruppen teilnehmen durften. Und um eine gemeinsame Bundesrepublik-Delegation (700 Teilnehmer) zu etablieren, bedurfte es langer Verhandlungen mit den Jugend- und Studentenverbänden der DKP. Dazu war nicht nur Verhandlungsgeschick notwendig, sondern auch fundierte

politische und internationale Ost-West-Kenntnisse und -Erfahrungen. An den Festspielen jenseits der Mauer nahm ich als Mitglied der Pressekommission der BRD-Delegation teil und durfte auch in der Humboldt-Universität ein Referat über „Die Jugend in Europa und die Abrüstung“ halten. Dem ausschließlich ausgesuchten linientreuen Publikum gefielen meine Ausführungen wohl nicht, keine Hand rührte sich. Zwei Tage vor Beginn der Festspiele hatte ich ein Streitgespräch mit Rüdiger Landowsky, damals Vorsitzender der Berliner Jungen Union, im RIAS. 1978 in Kuba nahm ich nur Ostern an einer Vorbereitungskonferenz in Havanna teil. Für die Zeit der Festspiele hatte ich mit meiner Lebensgefährtin Gerda Falk und Freunden eine Reise in die Volksrepublik China gebucht.

Von 1975 bis 1980 war ich für den Landesjugendring Mitglied des SFB-Rundfunkrates.

Vom Landesjugendring in den Öffentlichen Dienst

Im August wechselte ich in den Öffentlichen Dienst und wurde in der Senatsverwaltung für Familie, Jugend und Sport Mitarbeiter in der Amtsleitung, Referent von Senatsdirektor Dieter Kreft. Mich beeindruckte in diesem Haus ein demokratisches, fast hierarchiefreies Klima mit hoher Fachlichkeit ohne von der Sache losgelöste Autorität.

1981 kam der Regierungswechsel, Berlin bekam einen CDU-Senat. Schul- und Jugendsenatorin wurde Hanna-Renate Laurin. Sie fragte mich, wo ich denn nun im Haus hinwolle. Ich äußerte den Wunsch, im Referat Jugendförderung die Arbeitsgruppe Kulturelle Angebote für Kinder und Jugendliche zu übernehmen. Herr Beinert, war ihre Antwort, ich kenne ihre Vita, da dürfte ich sie eigentlich nicht hinlassen, da können sie „was machen“. Aber sie ließ mich doch. Die Arbeitsgruppe war zuständig, u.a. für Konzerte, weitere Musikveranstaltungen, Theater und für Eintrittsgutscheine für die Kinder- und Jugendtheater, die damals kaum mehr als ein Dutzend ausmachten, aber wegen Qualität und Engagement schon große Aufmerksamkeit in der Stadt erregten. Hinzu kam ein Ferienpass mit freiem Eintritt in die Bäder in den Sommerferien und ein paar sonstigen Angeboten. Dazu gehörten ebenfalls die Beantwortung Kleiner Anfragen aus dem Abgeordnetenhaus, Begutachtungen von Lottoanträgen und PS-Sparen-Anträgen für den Bereich Kinder- und Jugendkultur.

Einsicht in die Notwendigkeit von Veränderung

Mir wurde bald klar, dass eine Behörde in nur sehr begrenzter Weise Serviceangebote von der Zahl und der Vielfalt her machen kann, weil Dienstwege zu lang sind, zu viele Entscheider notwendige spontane Entscheidungen, schnelle Reaktionen auf aktuelle Topangebote verzögern und deshalb Einfallsreichtum und Ideenvielfalt oft kaum wirksam werden können. Fazit: Gemeinnützige Einrichtungen können dies alles viel wirksamer machen. Ich schrieb das alles sehr umfangreich in ein Papier. Christiane Neumann, die kurze Zeit zuvor von der Amtsleitung in das Referat Jugendförderung gewechselt war, hatte ähnliche Überlegungen.

1991 ging ich in den Vorruhestand. Mitte 1992 bekam ich Nachricht aus der Senatsverwaltung, dass die Idee, die kulturellen Serviceangebote für Kinder und Jugendliche einer gemeinnützigen Einrichtung zu übertragen, jetzt realisiert werden könnte und ob ich für eine solche Aufgabe zur Verfügung stehen würde. Ich sagte bedingt zu. Christiane Neumann, dafür autorisiert von Jugendsenator Thomas Krüger und vom zuständigen Abteilungsleiter Wolf Tuschel, führte mit mir erste Gespräche über Konzeptionen, Finanzierung, Inhalte und Zeitpläne. Wir hatten schon in der Verwaltung gut zusammengearbeitet, weshalb wir bald zu Resultaten kamen, die in der Verwaltung akzeptiert wurden. Der „Rohbau“ war eine gemeinnützige GmbH, für die die Bezeichnung „JugendKulturService“ auserkoren wurde. Als Gesellschafter schlug Herr Tuschel den Berliner Jugendclub e.V. vor. Was die personelle Besetzung betraf, stellte ich die Bedingung, dass die Diplom-Soziologin Doris Weber als hauptamtliche Geschäftsführerin eingestellt wird. Sie

hatte noch während meiner Amtszeit mehrere Zeitverträge gehabt, wo sie u.a. schon mit dem Ferienpass befasst war. Wir kannten sie als ideenreiche und engagierte Kollegin. Ich würde dann als ehrenamtlicher Geschäftsführer mit ihr die Geschäftsführung bilden. In weiteren Gesprächen mit Herrn Tuchel und Frau Neumann wurden die rechtlichen Modalitäten der Übergabe besprochen, an denen dann schon Doris Weber beteiligt war. Der Berliner Jugendclub e.V. sagte zu, die Funktion des Gesellschafters zu übernehmen.

*Dies ist nun alles und ist nicht genug
Doch sagt es euch vielleicht, ich bin noch da.
Dem gleich' ich, der den Backstein mit sich trug
Der Welt zu zeigen, wie sein Haus aussah.*
Bertolt Brecht

So, und hier endet jetzt hier das ewige „ICH“ in diesem Papier und daraus wird nun ein „WIR“.

Der JugendKulturService, gemeinnützige GmbH (JKS)

Nachdem alle rechtlichen und organisatorischen Fragen geklärt waren, begannen wir im Herbst 1992 mit der Arbeit. Unser erstes Büro waren zwei Räume im Podewil in der Klosterstraße.

Der Gesellschafter bestellte die Geschäftsführung, gleichberechtigt Doris Weber-Seifert hauptamtlich, Heinz Beinert ehrenamtlich.

Neun Jahre später wurde mir für meine ehrenamtliche Tätigkeit das Bundesverdienstkreuz verliehen. In meiner Sicht war dies allerdings eine Auszeichnung, die allen Mitarbeiter/Innen des JugendKulturService gebührte.

Der JKS war zu Beginn eine ABM-Maßnahme mit Finanzierung durch das Sozialpädagogische Institut der Arbeiterwohlfahrt. Für die zugestandenen 15 Arbeitsplätze wurden Bewerber/Innen vom Arbeitsamt vermittelt. Es waren ausschließlich Personen, die in verschiedensten kulturellen Institutionen und Einrichtungen in Ostberlin gewirkt hatten. Als Erste stellten wir Bettina Kernchen und ein Jahr später Bärbel Kemmesieß ein. So haben die beiden von Anfang an die Entwicklung des JKS miterlebt und mit Elan und Ideen mitgestaltet.

In einer schriftlichen Vereinbarung wurden dem JKS folgende Aufgaben zur Planung, Durchführung und Weiterentwicklung übertragen:

- Gutscheilverfahren und Kartenservice für junge Menschen zum Besuch von Kinder- und Jugendtheatern, anderen Bühnen und sonstigen kulturellen Veranstaltungen
- Veranstaltungsdienst mit Schwerpunkt der Jugendkonzertreihe (seit 2000: Konzertreihe für junge Leute und Familien)
- Super-Ferien-Pass

Seit seiner Gründung erweiterte der JugendKulturService sein Angebot kontinuierlich. Im Laufe der vergangenen Jahre kamen weitere Projekte und Aufgaben hinzu:

- 1994 JugendKulturinfo
- 1995 Theater der Schulen
- 1998 Berliner FamilienPass und TUSCH – Theater und Schule
- 2000 Kinderkinobüro
- 2001 Spatzenkino
- seit 2002 stiftet der JKS den IKARUS, eine Auszeichnung für herausragende Berliner Theaterinszenierungen für Kinder und Jugendliche, ab 2007 wird dieser Preis um die Woche des IKARUS erweitert
- 2006 SchulKinoWochen Berlin und Heimspiel Berlin

- seit 2006 stiftet der JKS im Rahmen des Berliner Schülerzeitungswettbewerbs den Sonderpreis „Theater im Blick“

Jetzt zurück zum „ICH“.

Ende 2009 scheidete ich als Geschäftsführer aus dem JugendKulturService aus.

Jetzt schon möchte ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ganz herzlich danken für ihr Engagement und ihre Verlässlichkeit, auch für ihren Ideenreichtum, mit dem sie Anteil haben an der Weiterentwicklung der Angebotspalette des JugendKulturService.

Danken möchte ich auch unserem Gesellschafter, dem Berliner Jugendclub e.V. sowie den Mitgliedern des Kuratoriums und des Theaterbeirates.

Ferner gilt mein Dank den Mitgliedern des Berliner Abgeordnetenhauses und den Mitarbeiter/Innen der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung, die aus ihrer jeweiligen Zuständigkeit und Verantwortung heraus den JugendKulturService unterstützt haben.

Gunnar Güldner, der jetzt als Referent tatkräftig die Geschäftsführung unterstützt, wünsche ich für diese Aufgabe viel Erfolg.

Mein ganz besonders herzlicher Dank gilt Doris Weber-Seifert für eine wunderbare und erfolgreiche Zusammenarbeit in der Geschäftsführung über 17 Jahre hinweg. Ich weiß, dass der JugendKulturService in ihren Händen gut aufgehoben bleibt.

Heinz Micky Beinert

Last but not least...

Privates, Familie und „Außerdienstliches“

Als ich die vielen Seiten noch mal durchgelesen hatte, fiel mir auf, dass die Leserin und der Leser – falls es überhaupt gelesen wird – auf den Gedanken kommen könnten, dass mein Leben ausschließlich aus Beruf und Politik bestand. Nein, so war das nicht. Ich habe 1955 geheiratet, 1956 kam unsere Tochter Monika zu Welt, mit ihr und ihren zwei Kindern, Felix und Laura Luise, habe ich ständigen Kontakt. Unsere Ehe beendeten wir Mitte der 1970er Jahre im freundschaftlichen Einvernehmen. Danach hatte ich 30 Jahre eine wunderbare Partnerschaft mit Gerda Falk, die ich im Landesjugendring kennen gelernt hatte. Sie starb 2004 nach längerer Krankheit. Mein Bruder Hans-Joachim lebt ebenfalls mit seiner Frau Katja in Berlin. Also viel Familie, aber auch viele Freundschaften, vergnügte Feiern, viel Gedankenaustausch und gute Gespräche.